Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische

Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 158 (1992)

Heft: 1

Artikel: Krisenregion Südasien: unvermindertes indisch-pakistanisches

Konfliktpotential

Autor: Schoettli, Urs

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-61702

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 26.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ERSCHLOSSEN EMDDOK MF 408 1 1416

Krisenregion Südasien

Unvermindertes indisch-pakistanisches Konfliktpotential

Urs Schoettli

Obschon Südasien, der indische Subkontinent, eine Region intensiver Supermachtrivalitäten war, bedeutet das Ende des kalten Kriegs hier nicht einen Spannungsabbau von gleichem Ausmasse wie in anderen Teilen der Dritten Welt. Das Konfliktpotential zwischen Indien und Pakistan ist unvermindert, und entsprechend lauert auch die stetige Gefahr eines neuerlichen Kriegsganges zwischen den beiden Rivalen.

Rund fünf Dekaden nach Erlangung der Unabhängigkeit befinden sich Indien und Pakistan in den «Wechseljahren». Beide Länder müssen sich damit abfinden, dass auf absehbare Zeit hinaus politische Instabilität herrschen wird, wobei in Delhi die demokratischen Fundamente erheblich solider sind als in Islamabad. Beide Länder müssen sich – auch vor dem Hintergrund einer weltweiten Entwicklung in Richtung mono-kulturelle und mono-ethnische beziehungsweise mono-religiöse Staaten - darauf einstellen, dass die ohnehin schon starken zentrifugalen Kräfte Auftrieb erhalten werden, wobei erneut im Falle Pakistans die separatistischen Herausforderungen angesichts der verhältnismässigen Kleinheit des Landes und angesichts des Traumas mit der Abtrennung Ost-Pakistans existenzgefährdender sind als in Indien.

Schliesslich müssen beide Länder akzeptieren, dass Massenarmut und Rückständigkeit nicht ausschliesslich Erbschaften der Kolonialzeit sind, die sich mit einem nationalistischen, stark auf den Staat ausgerichteten Wirtschaftskurs bewältigen lassen. Vielmehr handelt es sich hier um regionale Krankheiten der subkontinentalen Gesellschaften, die zudem wegen der anhaltenden Bevölkerungsexplosion weiterhin im Wachsen begriffen sind. In diesem Fall steht allein schon aufgrund der Grössenverhältnisse Indien erheblich schlechter da als Pakistan.

Innenpolitische Instabilität hüben wie drüben

Seit dem nach wie vor ungeklärten Flugzeugabsturz im Sommer 1988, bei dem Präsident Mohammad Zia ul-Haq das Leben verlor, ist Pakistan innenpolitisch nicht mehr zur Ruhe gekommen. Auch der Nachfolger der kurzzeitigen Premierministerin Benazir Bhutto, Nawaz Sharif, sieht sich in grossen Schwierigkeiten, verursacht nicht nur durch die schwierige wirtschaftliche Lage, sondern auch durch den rapiden Zerfall der öffentlichen Ordnung. Während Politiker wie Wählerschaft unter dem Einfluss aller Arten von Populismen die Instabilität ständig fortführen, verleihen Bürokratie, deren wichtigster Exponent Staatspräsident Ghulam Ishaq Khan ist, und die Streitkräfte, die weiterhin über einen bestimmenden politischen Einfluss verfügen, ein gewisses Mass an Kontinuität. Erschwert wird die Bildung einer stabilen politischen Struktur mit funktionierenden Parteien und klaren Mehrheitsverhältnissen in den Parlamenten durch den Einfluss des Feudalismus auf das politische Leben und durch bittere regionale Rivalitäten, insbesondere Ressentiments zwischen den Pandschabis, die rund drei Viertel der pakistanischen Bevölkerung stellen, und den

anderen Volksgruppen.

Seit der Wahlniederlage der damals von Rajiv Gandhi geführten Kongresspartei im Spätherbst 1989 ist Indien ohne Regierung mit parlamentarischer Mehrheit. Sowohl Gandhis direkte Nachfolger, V. P. Singh, als auch der nach den vorgezogenen Parlamentswahlen vom vergangenen Frühjahr an die Macht gelangte P.V. Narasimha Rao vermochten nur eine Minderheitsregierung zu bilden, im zweiten Falle allerdings mit etwas mehr Aussicht auf Stabilität, da diesmal die Regierungspartei zumindest auch die stärkste Parlamentsfraktion stellt. Nicht nur das Alter Narasimha Raos, der über 70 Jahre zählt, sondern auch die Tatsache, dass er über keine eigene politische Hausmacht verfügt, sind Indizien dafür, dass es sich beim derzeitigen Premierminister um eine Übergangslösung handelt. In der Tat stehen denn auch in der zweiten Reihe der Kongressführung gewichtige jüngere Politiker zur Machtübernahme bereit. Nach dem gewaltsamen Tod Rajiv Gandhis und dem Ende der «Nehru-Gandhi-Dynastie» befindet sich Indien mitten in einem politischen Generationenwechsel.

Problematisch ist, dass ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, da das Land in einer tiefen Wirtschaftskrise steckt, deren Lösung eine durchgreifende Reform der ökonomischen und wirtschaftspolitischen Strukturen voraussetzt, die politische Führung schwach ist. Während die indische Demokratie in den letzten zehn Jahren gleich zweimal ihre Überlebenskraft und die ihr innewohnende Stabilität eindrücklich unter Beweis gestellt hat - nach der Ermordung Indira Gandhis und nach dem Terroranschlag auf Rajiv Gandhi -, ist unverkennbar, dass zur Meiste-

Urs Schoettli; 1983 bis 1990 Südasien-Korre-spondent der «Neuen Zürcher Zeitung»; seit 1990 in Madrid Leiter eines politischen Beratungsprojekts; Autor des im Frühjahr 1991 im Piper-Verlag erschienenen Bandes «5mal Pakistan».

	Indien		Pakistan	
Fläche	3 166 414	km²	796 095 km ²	
Bevölke- rung:	857 960 200 Einwohner 82,6 % Hindus, 11,4 % Moslems, 2,4 % Christen, 2,0 % Shiks, 0,7 % Budhisten, 0,9 % andere		114 983 400 Einwohner 96,7 % Moslems, 1,6 % Christen, 1,5 % Hindus, 0,2 % andere	
Religion:				
Armee- bestand:	1 265 000 460 000	Aktive Reserve	565 000 513 000	Aktive Reserve
Heer:		Sdt KPz T-72/-55, Vi- jaayanta SPz PT-76, BRDM-2, BMP-I/ -2, OT-64/-62		Sdt KPz M-47/-48, T-54/-55, Chin. T-59/-69 SPz M-113
	4000	PzHb Abot (105mm), M-46	1 405 36	PzHb M-110/-109/-7 Kan MRW BM-11 PAL Cobra, TOW, chin.
		lan, Spigot	20	Red Arrow KHeli AH-IF mit TOW
Marine:	55 000 (1 000	Sdt Marines)	20 000	Sdt
		U-Boote		U-Boote
		FlzTräger		Zerstörer
		Zerstörer KFlz Sea Harrier		KFlz Sea Harrier KHeli Sea King, SA-316B
		Heli Sea King, Chetak, Ka-25/28	10	Knell Sea Killg, SA-510B
Luftwaffe:	110 000	Sdt	45 000	Sdt
	630	KFlz Mirage 2000, Jaguar, MiG-21/ -23/-27 /-29	327	KFlz Mirage III, F-16, J-6, -7, Q-5
	193	TrspFlz An-12/ -32, II-76, DO- 228, BAe-748	23	TrspFlz C-130, L-100, Boeing 707, F-27
	36	KHeli Mi-25/-35	_	KHeli
		TrspHeli Mi-8/ -17/-26		TrspHeli SA-316/-321
Flab:		SA-2/-3 FlabKan		Crotale CSA-I (SA-2)
Paramilit. Kräfte	702 000	Mann	238 000	Mann/Frau

Quelle: IISS; The Military Ballance 1991-1992, London 1991.

Chiffres du monde 1989, atlas statistique, Paris 1989. 12. November 1991; Andreas Schaer

rung der Herausforderungen, mit denen sich Indien am Ende dieses Jahrhunderts konfrontiert sieht, die politischen Institutionen einer weitreichenden Revision zu unterziehen sind. Zu denken ist dabei an eine föderalistischere Kompetenzaufteilung zwischen Zentralgewalt und Gliedstaaten, aber auch eine mögliche Abkehr vom Westminster-Modell des Majorzsystems.

Südostasien – Neue weltpolitische Rahmenbedingungen

In den letzten Jahren ist – von gelegentlichen Meldungen über Terror-

anschläge oder religiöse Konflikte abgesehen – Südostasien weitgehend aus dem internationalen Blickfeld verschwunden. Osteuropa, der Mittlere Osten, Südostasien und der Ferne Osten beanspruchen die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit, sei es in politischer und strategischer, sei es in wirtschaftlicher Hinsicht. Der Zerfall des Ostblocks und das Ende des kalten Krieges haben diese Entwicklung noch beschleunigt.

Indiens und Pakistans Aussenpolitiker, beide von einem nicht geringen Mass an Selbstvertrauen, ja Hochmut geprägt, sehen sich plötzlich gezwungen, liebgewordene Parameter aufzugeben. Indien stellte mit Nehru nicht

nur einen der Gründerväter der Blockfreien Bewegung, es übte mit Indira Gandhi auch in der Zeit, als diese Bewegung sich längst jeder blockfreien Glaubwürdigkeit beraubt hatte, eine Führungsrolle aus. Was man an nationalen wie regionalen Problemen nicht zu meistern verstand, wurde mit der Blockfreien-Rhetorik überdeckt. Delhi fühlte sich bemüssigt, zu jedem internationalen Problem, sei es Nicaragua, Südafrika, der Mittlere Osten oder Kambodscha, seine zumeist ausgeprägt antiamerikanische Position der Welt zur Kenntnis zu geben. Jetzt, da die blockfreie Bewegung tot ist, sieht man sich einer nützlichen Plattform, moralische Zensuren auszuteilen, ohne selbst dafür geradestehen zu müssen, beraubt. Auch haben die politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen in der Sowjetunion ein konsequent nach Moskau ausgerichtetes aussenpolitisches Establishment in Delhi im Regen stehen lassen.

Kaum weniger dramatisch wirken sich die neuen weltpolitischen Rahmenbedingungen auf die pakistanische Aussenpolitik aus. Zu Zeiten der intensiven Supermachtrivalität in Südasien, insbesondere nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan, profitierte Islamabad bei Wirtschafts- und Militärhilfe von grosszügiger amerikanischer Unterstützung. Präsident Zia fand als verlässlicher Partner gegen den sowjetischen Expansionismus in Washington stets offene Türen, selbst Menschenrechtsverletzungen und die Entwicklung einer eigenständigen Atomkapazität vermochten die Beziehungen nicht nachhaltig zu stören. Das Weisse Haus stellte sich aus geostrategischen Überlegungen konsequent gegen Forderungen des US-Kongresses, mit Kürzungen der Hilfe Präsident Zia zur Einführung der Demokratie und zum Abbruch des Nuklearprogramms zu bewegen. Nach dem Verschwinden Zias und vor allem nach dem sowietischen Abzug aus Afghanistan sowie der generellen Reduktion von Moskaus Einfluss in Südasien hat sich Washingtons Interesse an Islamabad drastisch zurückgebildet. Die Furcht vor einem sowjetischen Vordringen an den Indischen Ozean hat der Besorgnis über die «islamische Bombe» sowie der Beunruhigung über Menschenrechtsverletzungen, Drogenmafia und islamischen Fundamentalismus in Pakistan Platz gemacht.

Bilaterale Spannungen

An Friktionen, die zu einem erneuten Waffengang zwischen Indien und Pakistan führen könnten, fehlt es nicht. Dabei gibt es sowohl traditionelle als auch - vor allem mittelund längerfristig - unkonventionelle Kriegsgründe. Bei der Evaluation, ob bilaterale Spannungen zu einem offenen Krieg eskalieren können, gilt es drei Faktoren zu berücksichtigen. Zum einen haben beide Länder Berufsarmeen. Es gibt, wie zuletzt anlässlich des indischen Engagements in Sri Lanka zutage trat, deshalb keine politischen Zwänge gegen einen Einsatz der Streitkräfte. Zum zweiten hat weder die pakistanische noch die indische Öffentlichkeit das Trauma des totalen Kriegs, wie es die Europäer im Gefolge des Zweiten Weltkriegs geprägt hat. Die indisch-pakistanischen Waffengänge waren zeitlich wie räumlich eng umgrenzte Kriege konventioneller Art, die auf die Zivilbevölkerung kaum Auswirkungen hatten. Und schliesslich fehlt es auf dem Subkontinent an wirksamen Mechanismen zur Konfliktbegrenzung und zum Spannungsabbau.

Die traditionellen Kriegsgründe sind offenkundig und betreffen im wesentlichen territoriale Konflikte, allen voran das Kaschmirproblem. Geschürt werden diese Konflikte durch die komplexe ethnische, religiöse und kulturelle Zusammensetzung der subkontinentalen Bevölkerung. Sowohl Islamabad als auch Delhi sind leicht zur Stelle, bei internen Ordnungsproblemen den Nachbarn als Störenfried zu bezichtigen. Dies ist auf indischer Seite der Fall in Kaschmir, im Pandschab und in Assam; auf pakistanischer Seite werden dieselben Vorwürfe bei Ordnungsproblemen im Sindh und in der Nordwestgrenzprovinz laut. Unzweifelhaft gibt es hier grenzüberschreitende Hilfeleistungen, doch ist unverkennbar, dass die Krisen ihren Ursprung im wesentlichen im Versagen der eigenen Politiker und Ordnungskräfte haben.

Ein zweiter konventioneller Kriegsgrund ist das beiderseitige Misstrauen über Verschiebungen bei den militärischen Kräfteverhältnissen. Die hieraus erwachsende Gefahr eines Präventivschlags ist durch fürchtungen und Spekulationen über die Nuklearkapazität der andern Seite in jüngster Zeit erhöht worden. Während Pakistan bei der Einsatzbereitschaft einer einfachen Atombombe einen Vorsprung haben soll, hat Indien in den letzten Jahren im Bereich der Raketentechnik beträchtliche Fortschritte gemacht. Vorläufig besteht die Möglichkeit, dass Pakistan einem überraschenden Durchbruch konventioneller indischer Streitkräfte mit einem nuklearen Angriff auf zivile Ziele begegnen könnte. Längerfristig, und unter der Voraussetzung, dass die beiden Länder ihre Nuklearprogramme nicht internationaler Kontrolle zu öffnen bereit sind, besteht die Möglichkeit eines nuklearen Schlagabtausches mit Mittelstreckenraketen und taktischen Nuklearwaffen.

Die unkonventionellen Gründe für einen indisch-pakistanischen Kriegsgang erwachsen aus der Bevölkerungsexplosion und der damit zusammenhängenden Zerstörung der Umwelt und Übernutzung natürlicher Ressourcen. Schon heute gibt es unzweideutige Signale für künftige Versorgungsnotstände, sei dies im Bereich von Wasser, Weideland oder Bewaldungen. Hier ist bereits heute vielfach die oberste Nutzungsgrenze erreicht, ohne dass sich indessen ein Abschwächen des Bevölkerungsdrucks bemerkbar macht. Umweltzerstörung und Massenmigration sind die Folgen davon.



